S 11 KA 26/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 11 KA 26/15
Datum	22.03.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	B 6 KA 37/17 R
Datum	11.10.2017

3. Instanz

Datum	06.03.2024

Â

Nach teilweiser Aufhebung des Urteils des Senats vom 11.Â OktoberÂ 2017 Â BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ mit Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20.Â MÃ¤rzÂ 2023 wird die Beklagte verpflichtet, Ã¼ber die VergÃ¼tung der antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen in den Quartalen 1/2013 und 2/2013 unter Beachtung der Rechtsauffassung des Senats nach Ãnderung des Einheitlichen BewertungsmaÃstabs fÃ¼r vertragsÃ¤rztliche Leistungen erneut zu entscheiden.

Die KlÃ¤gerin trÃ¤gt die HÃ¤lfte der Kosten des Rechtsstreits in allen RechtszÃ¼gen. Der Beigeladene zuÂ 2. und die Beklagte tragen insgesamt die HÃ¤lfte der Kosten des gesamten Verfahrens vor dem Bundessozialgericht. Die Beklagte trÃ¤gt die HÃ¤lfte der Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens. AuÃergerichtliche Kosten des Beigeladenen zuÂ 2. sind fÃ¼r das Verfahren vor dem Sozialgericht nicht zu erstatten. Kosten der Beigeladenen zuÂ 1. sind in allen RechtszÃ¼gen nicht zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Streitig ist die HÃ¶he der VergÃ¼tung psychotherapeutischer Leistungen fÃ¼r die Quartale 1/2013 und 2/2013.

2
Die KlÃ¤gerin ist als Psychologische Psychotherapeutin im Bezirk der beklagten KassenÃ¤rztlichen Vereinigung (KÃV) zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung zugelassen. Mit Bescheiden vom 21.8.2013 und 20.11.2013 setzte die beklagte KÃV das Honorar der KlÃ¤gerin fÃ¼r das Quartal 1/2013 in HÃ¶he von 27Â 258,59Â Euro bei 80Â BehandlungsfÃ¤llen und fÃ¼r 2/2013 in HÃ¶he von 26Â 777,97Â Euro bei 73Â BehandlungsfÃ¤llen fest. Mit Ãnderungsbescheiden vom 30.9.2014 und 10.12.2014 wurde das Honorar fÃ¼r das Quartal 1/2013 auf 27Â 586,78Â Euro und fÃ¼r das Quartal 2/2013 auf 27Â 088,40Â Euro festgesetzt. WidersprÃ¼che gegen die Honorarbescheide wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 17.12.2014 zurÃ¼ck. Die Honorarverteilung sei nach den Vorgaben des Bewertungsausschusses (BewA) und nach dem jeweils geltenden HonorarverteilungsmaÃstab (HVM) erfolgt.

3
Mit Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses (EBewA) vom 22.9.2015 (DÃ 2015, A1739) wurden die Bewertungen der GebÃ¼hrenordnungspositionen (GOP) 35200 bis 35225 des Einheitlichen BewertungsmaÃstabs fÃ¼r vertragsÃ¤rztliche Leistungen (EBMÃ) ab dem 1.1.2012 um 2,6909Â % angehoben. AuÃerdem konnten Ã¤rztliche und psychologische Psychotherapeuten sowie Kinder und Jugendlichenpsychotherapeuten erstmals einen sog Strukturzuschlag (GOP 35251 und 35252 EBMÃ) auf die antrags und genehmigungspflichtigen Einzel und Gruppentherapieleistungen (Leistungen nach GOP 35200 bis 35225 EBMÃ in der hier maÃgebenden, ua in den Quartalen 1/2013 und 2/2013 geltenden Fassung, im Folgenden: aF) erhalten. Voraussetzung der Abrechenbarkeit dieses Zuschlags war, dass diese antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen in HÃ¶he von mindestens 459Â 563 Punkten je Quartal abgerechnet wurden (hÃ¤lftige Vollauslastung). FÃ¼r Psychotherapeuten mit einem geringeren als einem vollen Versorgungsauftrag reduzierte sich die Mindestpunktzahl entsprechend. Bei Ãberschreitung der hÃ¤lftigen Auslastung erhÃ¶hte sich der Zuschlag in AbhÃ¤ngigkeit vom Grad der Auslastung.

4
Mit Bescheid vom 4.7.2016 berÃ¼cksichtigte die Beklagte diese Ãnderungen und setzte gegenÃ¼ber der KlÃ¤gerin eine NachvergÃ¼tung in HÃ¶he von 3576,44Â Euro fÃ¼r die beiden streitbefangenen Quartale fest.

5
Das SG hat mit Urteil vom 22.3.2017 die Honorarbescheide aufgehoben und die Beklagte verpflichtet, Ã¼ber die VergÃ¼tung der nicht antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen erneut unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts sowie Ã¼ber die VergÃ¼tung der antrags und

genehmigungspflichtigen Leistungen nach entsprechender Änderung des EBMÄ zu entscheiden. Die Regelungen zur Berechnung der PsychotherapiePunktwerte im Beschluss des EBewA vom 22.9.2015 seien für die hier maßgeblichen ZeitrÃ¤ume in mehreren Punkten rechtswidrig. Soweit die KlÃ¤gerin die quotierte Auszahlung der Ã¼brigen nicht antrags und genehmigungspflichtigen aber zeitgebundenen GesprÃ¤chsleistungen nach den Abschnitten 35.1 und 35.3 EBMÄ nach den Bestimmungen des HVM der Beklagten beanstande, sei die Klage ebenfalls begrÃ¼ndet.

6
Den gegen das Urteil des SG eingelegten Revisionen der KlÃ¤gerin, der Beklagten und des Beigeladenen zuÂ 2. hat der Senat teilweise stattgegeben (Urteil vom 11.10.2017 Â BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35). Das SG habe die angefochtenen Honorarbescheide zwar zu Recht aufgehoben und die Beklagte zur Neubescheidung verpflichtet. Entgegen der Auffassung der Vorinstanz seien jedoch die strukturellen Festlegungen, die der EBewA mit seinem Beschluss vom 22.9.2015 getroffen habe, nicht zu beanstanden. Insofern sei die Klage abzuweisen. Der EBewA habe seinen Gestaltungsspielraum nicht Ã¼berschritten. Er sei weiterhin von dem Berechnungsmodell zur Ermittlung der angemessenen VergÃ¼tung psychotherapeutischer Leistungen ausgegangen, das der Senat mit Urteil vom 25.8.1999 (BÂ 6Â KA 14/98Â RÂ BSGE 84, 235 = SozR 32500 Â§Â 85 NrÂ 33) entwickelt habe. Danach sei die Belastungsgrenze fÃ¼r einen vollzeitig tÃ¤tigen Psychotherapeuten bei wÃ¶chentlich 36 zeitabhÃ¤ngig zu erbringenden antrags und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen von mindestens 50minÃ¼tiger Dauer und unter Zugrundelegung von 43Â Arbeitswochen im Jahr erreicht. Auch sei nicht zu beanstanden, dass der EBewA nur die empirisch ermittelten Personalkosten in die Bewertung der GOP des Abschnitts 35.2 EBMÄ habe einfließen lassen und die nach der Rechtsprechung des BSG maßgeblichen normativen Personalkosten (halbtags beschÃ¤ftigte Medizinische Fachangestellte) ausschließlich in Form der StrukturzuschlÃ¤ge der GOP 35251 und 35252 EBMÄ aF berÃ¼cksichtigt habe. Zu beanstanden sei allein, dass der EBewA teilweise zu weitgehende Bereinigungen der ErlÃ¶se der zum Vergleich herangezogenen Arztgruppen vorgenommen und dass er bei den normativen Personalkosten der Psychotherapeuten Änderungen in dem von ihm zugrunde gelegten Gehaltstarifvertrag fÃ¼r die Medizinischen Fachangestellten nicht berÃ¼cksichtigt habe. Keinen Bestand habe die vom SG ausgesprochene Verpflichtung der Beklagten zur erneuten Entscheidung Ã¼ber die VergÃ¼tung der nicht antrags und genehmigungsbedÃ¼rftigen Leistungen.

7
Die dagegen erhobene Verfassungsbeschwerde, mit der die KlÃ¤gerin insbesondere eine Verletzung des allgemeinen Gleichheitssatzes (ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG) gerÃ¼gt hat, war teilweise erfolgreich. Mit Beschluss vom 20.3.2023 (1Â BvR 669/18, 1Â BvR 732/18) hat das BVerfG die GOP 35251 und 35252 (sog StrukturzuschlÃ¤ge) im Abschnitt 35.2 des EBMÄ in der Fassung des Beschlusses des EBewA vom 22.9.2015 fÃ¼r mit ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG unvereinbar erklÃ¤rt, soweit fÃ¼r die Quartale 1/2013 und 2/2013 die im Quartalszeitraum abgerechnete Gesamtpunktzahl nur der GOP 35200 bis 35225 EBMÄ aF berÃ¼cksichtigt wird.

AuÃerdem hat das BVerfG das Urteil des BSG vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â R Â BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35), soweit dies auf den fÃ¼r mit dem GG unvereinbar erklÃ¤rten Bestimmungen des EBMÃ beruht, aufgehoben und die Sache an das BSG zurÃ¼ckverwiesen. Im Ãbrigen hat das BVerfG die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen.

8
Nach der ZurÃ¼ckverweisung beantragt die KlÃ¤gerin,

die Beklagte zu verpflichten, Ã¼ber die VergÃ¼tung der antrags und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen des Kapitels 35.2 EBMÃ in den Quartalen 1/2013 und 2/2013 unter Beachtung der Rechtsauffassung des Senats nach Ãnderung des EBMÃ erneut zu entscheiden.

9
Die Beklagten und der Beigeladene zuÂ 2. beantragen,

die Revision der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

10
Die Beigeladene zuÂ 1. stellt keine AntrÃ¤ge.

II

11
Nachdem das BVerfG das Urteil des Senats vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35) mit Beschluss vom 20.3.2023 (1Â BvR 669/18) teilweise aufgehobenen hat, ist die Beklagte verpflichtet, Ã¼ber die VergÃ¼tung der antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen in den Quartalen 1/2013 und 2/2013 unter Beachtung der Rechtsauffassung des Senats nach erneuter Ãnderung des EBMÃ ein weiteres Mal zu entscheiden.

12
A.Â Das BVerfG hat das Urteil des Senats vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35) nicht vollstÃ¤ndig, sondern nur teilweise aufgehoben und die Sache auch nur insoweit an das BSG zurÃ¼ckverwiesen. Daher beschrÃ¤nkt sich das vorliegende Verfahren auf den Gegenstand der Aufhebung und ZurÃ¼ckverweisung. Im Ãbrigen hat das genannte Urteil des Senats vom 11.10.2017 weiterhin Bestand.

13
Das BVerfG hat das Urteil des Senats nur insoweit aufgehoben, wie dieses auf mit dem GG fÃ¼r unvereinbar erklÃ¤rten Bestimmungen des EBMÃ beruht. FÃ¼r unvereinbar mit dem GG hat das BVerfG allein die GOP 35251 und 35252 EBMÃ aF in der Fassung des Beschlusses des EBewA vom 22.9.2015 (DÃ 2015, A1739) erklÃ¤rt, â soweit fÃ¼r die Quartale 1/2013 und 2/2013 die im Quartalszeitraum abgerechnete Gesamtpunktzahl nur der GebÃ¼hrenordnungspositionen 35200 bis 35225 [EBMÃ aF] berÃ¼cksichtigt werdenâ. Mit den genannten GOP 35251 und

35252 EBMÃ aF werden die mit Beschluss des EBewA vom 22.9.2015 rÃ¼ckwirkend eingefÃ¼hrten sog StrukturzuschlÃ¤ge bezeichnet. Die HÃ¶he der StrukturzuschlÃ¤ge hÃ¤ngt von der Auslastung des Psychotherapeuten bezogen auf die Leistungen nach GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF ab. Die zuletzt genannten GOP regeln die sog GrundvergÃ¼tung nach Abschnitt 35.2 EBMÃ fÃ¼r Therapiestunden im Rahmen einer antrags und genehmigungspflichtigen Therapie nach der PsychotherapieRichtlinie. Dass in die Berechnung des Auslastungsgrades des Psychotherapeuten, der fÃ¼r die HÃ¶he der gewÃ¤hrten StrukturzuschlÃ¤ge maÃgeblich ist, mit RÃ¼ckwirkung allein die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen nach GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF einflieÃen, ist nach der Entscheidung des BVerfG nicht mit der Verfassung zu vereinbaren. Nur soweit die Regelungen zu den StrukturzuschlÃ¤gen in dem Urteil des Senats vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35) auch in diesem Punkt als rechtmÃ¤Ãig und wirksam erachtet worden sind, ist dieses Urteil durch den Beschluss des BVerfG vom 20.3.2023 (1Â BvR 669/18, 1Â BvR 732/18) aufgehoben und die Sache an den Senat zurÃ¼ckverwiesen worden.

14
Mit den StrukturzuschlÃ¤gen wollte der EBewA einerseits der in der Rechtsprechung des erkennenden Senats entwickelten Vorgabe gerecht werden, nach der bei der Bestimmung der angemessenen HÃ¶he der VergÃ¼tung einer mit 36Â Therapiewochenstunden voll ausgelasteten psychotherapeutischen Praxis die Kosten einer Halbtagskraft fÃ¼r die Praxisorganisation berÃ¼cksichtigt werden mÃ¼ssen. Andererseits wollte der EBewA dem Umstand Rechnung tragen, dass nach dem Ergebnis der ÃberprÃ¼fung der Personalaufwendungen annÃ¤hrend 75Â % der psychotherapeutischen Praxen keine Personalaufwendungen aufweisen (vgl SÂ 4, zu NrÂ 3 der im Internet auf der Seite des Instituts des BewA verÃ¶ffentlichten Entscheidungserheblichen GrÃ¼nde). Deshalb berÃ¼cksichtigte der EBewA bei der HÃ¶he der GrundvergÃ¼tung fÃ¼r die psychotherapeutischen Therapiestunden (GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF) lediglich die empirisch ermittelten Personalkosten. Die darÃ¼ber hinausgehenden Kosten einer Halbtagskraft fanden dagegen Eingang in die neuen StrukturzuschlÃ¤ge (GOP 35251 und 35252 EBMÃ aF), die der GrundvergÃ¼tung fÃ¼r die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen in AbhÃ¤ngigkeit vom Grad der Auslastung der Praxis zugesetzt werden. Praxen, die weniger als die HÃ¤lfte der Vollauslastung erreichen, haben danach keinen Anspruch auf einen Strukturzuschlag, sondern allein auf die GrundvergÃ¼tung. Die Personalkosten der Praxis finden insoweit lediglich in HÃ¶he des empirisch ermittelten Werts Eingang in die Leistungsbewertung. Anspruch auf StrukturzuschlÃ¤ge, die die darÃ¼ber hinausgehenden Kosten einer Halbtagskraft wenigstens teilweise berÃ¼cksichtigen, haben allein Praxen mit einer Auslastung von mindestens 50Â % in Bezug auf die in der Rechtsprechung des 6.Â Senats entwickelte Vollauslastungshypothese (Erreichen der Vollauslastung bei 36Â Therapiestunden in jÃ¤hrlich 43Â Wochen). Bei Ãberschreitung der Grenze zur halben Auslastung erhÃ¶ht sich der Strukturzuschlag, der der GrundvergÃ¼tung nach den GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF zugesetzt wird. Die vollen Kosten einer Halbtagskraft werden erst bei Erreichen der Grenze der Vollauslastung im Strukturzuschlag abgebildet.

15
Dieses Konzept hat der Senat in seiner Entscheidung vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â R Â BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35) im Grundsatz als rechtmÃ¤Ãig bewertet und insbesondere nicht verlangt, dass die Kosten fÃ¼r die BeschÃ¤ftigung einer Medizinischen Fachangestellten im Umfang einer halben Stelle unabhÃ¤ngig vom Grad der Auslastung der Praxis in der â GrundvergÃ¼tungâ der antrags und genehmigungspflichtigen Einzeltherapien und Gruppenbehandlungen nach den GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF BerÃ¼cksichtigung finden mÃ¼ssten. Soweit sich die KlÃ¤gerin mit ihrer Verfassungsbeschwerde gegen die HÃ¶he dieser GrundvergÃ¼tung und â gegen den Strukturzuschlag an sichâ und damit auch dagegen gewandt hat, dass die die empirischen Personalkosten Ã¼bersteigenden normativen Personalkosten nicht bereits bei der Bemessung der GrundvergÃ¼tung fÃ¼r antrags und genehmigungspflichtige Leistungen (GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF), sondern in Form von StrukturzuschlÃ¤gen berÃ¼cksichtigt werden, deren HÃ¶he vom Auslastungsgrad der Praxis abhÃ¤ngig ist (vgl Urteil des Senats vom 11.10.2017 Â BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35, RdNrÂ 55), hat das BVerfG das Urteil des Senats nicht aufgehoben, sondern die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen. GrundsÃ¤tzliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Strukturzuschlag hat das BVerfG nicht erhoben (vgl RdNrÂ 21 des Beschlusses).

16
Damit steht nach dem Â insofern durch das BVerfG nicht aufgehobenenÂ Urteil des Senats vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35) fest, dass der Beschluss des EBewA vom 22.9.2015 Â soweit es um die HÃ¶he der â GrundvergÃ¼tungâ fÃ¼r antrags und genehmigungspflichtige Leistungen gehtÂ lediglich im Hinblick auf die zu weit gehende Bereinigung der ErlÃ¶se der zum Vergleich herangezogenen Arztgruppen (dazu im Einzelnen das Urteil des Senats vom 11.10.2017, aaO RdNrÂ 38, 42Â f) revisionsrechtlich zu beanstanden ist. AuÃerdem hat der EBewA die Â fÃ¼r die HÃ¶he des Strukturzuschlags relevantenÂ normativen Personalkosten in zu beanstandender Weise zu niedrig angesetzt, indem er die zum 1.4.2012 eingetretene ErhÃ¶hung der TarifgehÃ¤lter von Medizinischen Fachangestellten unberÃ¼cksichtigt gelassen hat (dazu im Einzelnen das Urteil des Senats vom 11.10.2017, aaO RdNrÂ 38, 53; zur Umsetzung dieser Vorgaben aus dem og Urteil des Senats vgl den Beschluss des BewA in seiner 436.Â Sitzung , DÃ 2019, 280).

17
B.Â Als verfassungswidrig hat das BVerfG die vom EBewA am 22.9.2015 beschlossene Regelung zu den StrukturzuschlÃ¤gen allein bezogen auf den Zeitraum der RÃ¼ckwirkung dieses Beschlusses beurteilt. MaÃgeblich ist der Zeitraum vom 1.1.2012 bis zum 31.12.2015 (nachfolgendÂ 1.). Der BewA hat verschiedene MÃ¶glichkeiten, die fÃ¼r diesen Zeitraum geltenden Vorgaben des BVerfG umzusetzen (nachfolgendÂ 2.).

18
1.Â Dass sich die RÃ¼ckwirkung des Beschlusses des EBewA vom 22.9.2015 auf die

hier betroffenen Quartale 1/2013 und 2/2013 bezieht, unterliegt keinem Zweifel und wird auch von keinem der Beteiligten in Frage gestellt. Soweit der zuÂ 2. beigeladene GKVSpitzenverband geltend macht, dass der Zeitraum der RÃ¼ckwirkung bereits mit Ablauf des Quartals 3/2015 enden wÃ¼rde, weist der Senat zur Klarstellung und zur Vermeidung weiterer Streitverfahren Ã¼ber einen bereits lange zurÃ¼ckliegenden Zeitraum darauf hin, dass auch das gesamte Quartal 4/2015 erfasst wird.

19
a)Â Nach der Entscheidung des BVerfG besteht fÃ¼r die Differenzierung zwischen den antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen nach GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF, die in die Ermittlung des Auslastungsgrades und damit der HÃ¶he des Strukturzuschlags einflieÃen und den Ã¼brigen Leistungen, die insoweit unberÃ¼cksichtigt bleiben, ein sachlicher Grund nur unter BerÃ¼cksichtigung des damit verfolgten Steuerungszwecks, namentlich auf das Leistungsverhalten der Ãrzte einzuwirken und einen Anreiz zur vermehrten Erbringung solcher antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen zu schaffen (vgl BVerfG Beschluss vom 20.3.2023 Â 1Â BvR 669/18, 1Â BvR 732/18Â juris RdNrÂ 32Â ff, 36 mwN). Da fÃ¼r zurÃ¼ckliegende ZeitrÃ¤ume keine Steuerungswirkung erreicht werden kann, ist die mit Beschluss des EBewA vom 22.9.2015 getroffene Regelung bezogen auf die hier streitbefangenen Quartale 1/2013 und 2/2013 als verfassungswidrig beurteilt worden. MaÃgebend ist nach der Entscheidung des BVerfG, ob der EBewA â vergangene Abrechnungsquartale rÃ¼ckwirkend geregeltâ hat (BVerfG, aaO RdNrÂ 37) bzw ob eine â rÃ¼ckwirkende Ãnderung des EBMâ (BVerfG, aaO RdNrÂ 39) vorliegt.

20
b)Â Mit der Frage des von einer RÃ¼ckwirkung umfassten Zeitraums hat sich der Senat bereits in mehreren Urteilen befasst, die vertragsÃ¤rztliche VergÃ¼tungsbestimmungen zum Gegenstand hatten. Er hat sich dabei an allgemeinen rechtsstaatlichen GrundsÃ¤tzen orientiert, die auch im vorliegenden Zusammenhang Geltung beanspruchen. Danach werden abstraktgenerelle Rechtsnormen erst mit ihrer VerkÃ¼ndung rechtlich existent (BVerfG Beschluss vom 22.3.1983 Â 2Â BvR 475/78Â BVerfGE 63, 343, 353; BVerfG Beschluss vom 7.7.2010 Â 2Â BvR 748/05Â uaÂ BVerfGE 127, 61, 75Â f; BSG Urteil vom 26.6.2019 Â BÂ 6Â KA 8/18Â RÂ SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 16). Das gilt auch fÃ¼r untergesetzliche Rechtsnormen des Vertragsarztrechts (BSG Urteil vom 17.9.1997 Â 6Â RKa 36/97Â BSGE 81, 86, 90 = SozR 32500 Â§Â 87 NrÂ 18 SÂ 85; BSG Urteil vom 24.9.2003 Â BÂ 6Â KA 41/02Â RÂ SozR 42500 Â§Â 85 NrÂ 4 RdNrÂ 10; BSG Urteil vom 4.5.2016 Â BÂ 6Â KA 24/15Â RÂ BSGE 121, 154 = SozR 42500 Â§Â 103 NrÂ 19, RdNrÂ 60Â f; BSG Urteil vom 26.6.2019 Â BÂ 6Â KA 8/18Â RÂ SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 16). Dementsprechend regelt Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V in der hier noch maÃgebenden Fassung des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes (GKVVStG) vom 22.12.2011 (BGBlÂ I 2983, im Folgenden: aF, heute inhaltlich unverÃ¤ndert Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 10 SGBÂ V), dass BeschlÃ¼sse des BewA im Deutschen Ãrzteblatt oder im Internet bekannt zu machen sind; falls die Bekanntmachung im Internet erfolgt, muss im Deutschen Ãrzteblatt ein Hinweis auf die Fundstelle verÃ¶ffentlicht werden.

21
Nach stRspr des Senats ergibt sich aus dem das Vertragsarztrecht prÃ¤gende Quartalsprinzip (vgl dazu BSG Urteil vom 24.9.2003 Â BÂ 6Â KA 41/02Â RÂ SozR 42500 Â§Â 85 NrÂ 4 RdNrÂ 20; BSG Urteil vom 12.12.2001 Â BÂ 6Â KA 3/01Â RÂ BSGE 89, 90, 95Â f = SozR 32500 Â§Â 82 NrÂ 3 SÂ 8Â f), dass sich die Unwirksamkeit einer rÃ¼ckwirkenden Ãnderung des EBMÃ nicht nur auf den Zeitraum bis zum Tag der ordnungsgemÃ¤Ãen VerÃ¶ffentlichung, sondern auf die Zeit bis zum Abschluss des jeweiligen Quartals erstreckt (BSG Urteil vom 26.6.2019 Â BÂ 6Â KA 8/18Â RÂ SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 36; BSG Urteil vom 26.5.2021 Â BÂ 6Â KA 8/20Â RÂ BSGE 132, 162 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 38, RdNrÂ 28Â ff, 39, jeweils mwN).

22
c)Â FÃ¼r die allein im Zeitraum der RÃ¼ckwirkung verfassungswidrige Regelung zu den StrukturzuschlÃ¤gen kann nichts anderes gelten. Entgegen der Auffassung der Beigeladenen zuÂ 2. kann der Senat auch der vorgehenden Entscheidung des BVerfG vom 20.3.2023 keine Anhaltspunkte dafÃ¼r entnehmen, dass im vorliegenden Zusammenhang abweichende MaÃstÃ¤be zugrunde zu legen wÃ¤ren. Mit der Frage, wann der Beschluss des EBewA vom 22.9.2015 verÃ¶ffentlicht worden ist, und ob die RÃ¼ckwirkung dieses Beschlusses den Zeitraum vom 1.1.2012 bis zum 30.9.2015 oder bis zum 31.12.2015 erfasst, musste sich das BVerfG nicht befassen, weil es die Unvereinbarkeit im Hinblick auf die fÃ¼r untergesetzliche Normen bestehende eigene PrÃ¼fungs und Verwerfungskompetenz der Fachgerichte nur in dem Umfang festzustellen hatte, in dem die BeschwerdefÃ¼hrerin betroffen ist. Dass die Aussagen in dem Beschluss genau aus diesem Grunde auf die Quartale 1/2013 und 2/2013 beschrÃ¤nkt wurden, hat das BVerfG unter RdNrÂ 40 seines Beschlusses klargestellt.

23
d)Â Der Beschluss des EBewA vom 22.9.2015 ist zwar nach den im Internet auf der Seite des Instituts des BewA abrufbaren Â fÃ¼r den Senat nicht ohne Weiteres Ã¼berprÃ¼fbarenÂ Angaben auf der Internetseite des Instituts des BewA bereits am 30.9.2015 und damit noch im dritten Quartal des Jahres 2015 im Internet verÃ¶ffentlicht worden. Darauf kommt es aber im Ergebnis nicht an, weil zu diesem Zeitpunkt jedenfalls der nach Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V aF erforderliche Hinweis auf die VerÃ¶ffentlichung im Deutschen Ãrzteblatt noch nicht vorlag. Wie der Senat in seiner Entscheidung vom 26.5.2021 (BÂ 6Â KA 8/20Â RÂ BSGE 132, 162 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 38, RdNrÂ 28Â ff) im Einzelnen dargelegt hat, werden die in Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V aF formulierten Anforderungen an eine VerkÃ¼ndung nicht bereits mit der VerÃ¶ffentlichung im Internet erfÃ¼llt. Die ordnungsgemÃ¤Ãe VerÃ¶ffentlichung des Beschlusses des EBewA vom 22.9.2015 ist deshalb erst mit dessen Abdruck im Deutschen Ãrzteblatt (HeftÂ 42, JahrgangÂ 112 vom 16.10.2015, SeiteÂ A-1739) und damit im Laufe des Quartals 4/2015 erfolgt. Daher entfaltet der Beschluss des EBewA vom 22.9.2015 RÃ¼ckwirkung auch bezogen auf das Quartal 4/2015. Da die dort beschlossenen Regelungen zum Strukturzuschlag nach der Entscheidung des BVerfG nicht rÃ¼ckwirkend getroffen werden durften, ist die Verpflichtung des BewA zur Schaffung einer verfassungsgemÃ¤Ãen Neuregelung auf dieses Quartal zu

erstrecken. Um den im Beschluss des BVerfG dargestellten verfassungsrechtlichen Vorgaben gerecht zu werden, wird der BewA die beanstandeten Regelungen zur BerÃ¼cksichtigung der normativen Personalkosten fÃ¼r die Quartale 1/2012 bis 4/2015 zu Ã¤ndern haben.

24
2.Â Soweit die HÃ¶he der VergÃ¼tung fÃ¼r die einzelne antrags und genehmigungspflichtige psychotherapeutische Leistung rÃ¼ckwirkend vom Auslastungsgrad des Psychotherapeuten abhÃ¤ngig gemacht worden ist, darf zur Behebung des VerfassungsverstoÃes in den genannten Quartalen nicht mehr danach differenziert werden, ob der Auslastung des Psychotherapeuten die Erbringung antrags und genehmigungspflichtiger Leistungen oder die Erbringung anderer Leistungen zugrunde lag. Eine Differenzierung nach der Art der Â zur Auslastung der Praxis beitragendenÂ Leistung ist also nur fÃ¼r den Zeitraum der RÃ¼ckwirkung ausgeschlossen. Diese Vorgabe des BVerfG kÃ¶nnen die Partner des BewA im Rahmen ihres Gestaltungsauftrags auf unterschiedliche Weise umsetzen.

25
a)Â So kÃ¶nnte der BewA die normativen Personalkosten fÃ¼r die Zeit vom 1.1.2012 bis zum 31.12.2015 vollstÃ¤ndig bei der Bewertung der GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF (â GrundvergÃ¼tungâ) berÃ¼cksichtigen (so auch Plantholz, Psychotherapie Aktuell 3/2023 SÂ 33, 35). In diesem Falle wÃ¤ren Regelungen zu StrukturzuschlÃ¤gen obsolet. Die HÃ¶he der VergÃ¼tung fÃ¼r die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen hinge in keiner Weise mehr von der Auslastung des Psychotherapeuten ab. Damit wÃ¤re auch der Vorgabe des BVerfG entsprochen, nach der die HÃ¶he der VergÃ¼tung der einzelnen antrags und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistung fÃ¼r den zurÃ¼ckliegenden Zeitraum nicht mehr von der Auslastung allein bezogen auf antrags und genehmigungspflichtige Leistungen abhÃ¤ngig gemacht werden darf.

26
Zwar bliebe es in diesem Fall dabei, dass Psychotherapeuten mit einem hohen Anteil antrags und genehmigungspflichtiger psychotherapeutischer Leistungen in hÃ¶herem MaÃe davon profitierten, dass diese Leistungen aufgrund der in der Rechtsprechung des Senats speziell fÃ¼r diese Leistungen entwickelten Vorgaben in der Regel hÃ¶her bewertet werden als andere nur zeitabhÃ¤ngige psychotherapeutische Leistungen. Dies hat das BVerfG indes nicht beanstandet und insbesondere die der og Modellannahme des Senats zugrunde liegende Unterscheidung zwischen sowohl zeitabhÃ¤ngigen als auch antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen auf der einen Seite und allein zeitabhÃ¤ngigen Leistungen auf der anderen Seite nicht generell mit verfassungsrechtlichen Vorgaben fÃ¼r unvereinbar erklÃ¤rt (zur Vereinbarkeit der daran anknÃ¼pfenden Unterschiede bei der VergÃ¼tung mit ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG vgl die stRspr des Senats: BSG Urteil vom 29.8.2007 Â BÂ 6Â KA 35/06Â RÂ SozR 42500 Â§Â 85 NrÂ 38 RdNrÂ 15Â f; BSG Urteil vom 28.5.2008 Â BÂ 6Â KA 9/07Â RÂ BSGE 100, 254 = SoR 42500 Â§Â 85 NrÂ 42, RdNrÂ 55; vgl auch BSG Urteil vom 25.3.2015 Â BÂ 6Â KA 13/14Â RÂ BSGE 118, 201 = SozR 42500 Â§Â 85 NrÂ 83, RdNrÂ 24; zuletzt BSG Urteil vom 13.12.2023 Â BÂ 6Â KA 1/22Â RÂ RdNrÂ 33 zur VerÃ¶ffentlichung in

SozR vorgesehen, mwN). Soweit entsprechende Punkte in der Verfassungsbeschwerde angesprochen worden sind, hat das BVerfG diese nicht zur Entscheidung angenommen und das Urteil des Senats vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35) insoweit auch nicht aufgehoben. Infolge dessen hat der Senat hierÃ¼ber auch nicht mehr zu entscheiden.

27
b)Â Der BewA hat auch die MÃ¶glichkeit Â entsprechend dem bisherigen KonzeptÂ im Rahmen der sog GrundvergÃ¼tung fÃ¼r die antrags und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen allein die empirisch ermittelten Personalkosten der Psychotherapeuten zu berÃ¼cksichtigen und die darÃ¼ber hinausgehenden normativen Personalkosten (zur Unterscheidung zwischen empirisch ermittelten und normativen Personalkosten vgl oben RdNrÂ 14 f sowie das vom BVerfG teilweise aufgehobene Urteil des Senats vom 11.10.2017 Â BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35, RdNrÂ 40) weiterhin gesondert und nur in AbhÃ¤ngigkeit vom Grad der Auslastung des Vertragsarztes bzw psychotherapeuten bei der VergÃ¼tung zu berÃ¼cksichtigen. Dabei wird der BewA jedoch zu beachten haben, dass er nach den Vorgaben aus dem Beschluss des BVerfG beim Auslastungsgrad nicht allein die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen berÃ¼cksichtigen darf, sondern alle von dem Vertragsarzt oder psychotherapeuten innerhalb des Systems der vertragsÃ¤rztlichen Versorgung erbrachten Leistungen einzubeziehen hat. Eine BerÃ¼cksichtigung der Auslastung des Vertragsarztes bzw psychotherapeuten auch durch die Behandlung von Privatversicherten hat das BVerfG dagegen nicht gefordert, sondern die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen, soweit sich die KlÃ¤ger gegen die BerÃ¼cksichtigung allein der Behandlung gesetzlich Versicherter gewandt haben (vgl RdNrÂ 12 des Beschlusses des BVerfG vom 20.3.2023 sowie das Â insoweit nicht aufgehobeneÂ Urteil des Senats vom 11.10.2017 Â BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35, RdNrÂ 63).

28
Auch bezogen auf die MaÃstÃ¤be fÃ¼r die Bemessung des Auslastungsgrades verbleibt dem BewA ein Gestaltungsspielraum. Insbesondere ist der BewA nicht verpflichtet, die Vollauslastung eines Psychotherapeuten auf 36Â Wochenstunden festzulegen, um den VerfassungsverstoÃ zu beheben. In seinem Beschluss vom 22.9.2015 ist der BewA zwar davon ausgegangen, dass die Grenze zur Vollauslastung mit 36Â Wochenstunden an 43Â Arbeitswochen im Jahr erreicht ist. Diese Festlegung bezog sich indes allein auf die erbrachten antrags und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen nach GOP 35200 bis 35225 EBMÃ aF. Wie sich auch aus den im Internet verÃ¶ffentlichten Entscheidungserheblichen GrÃ¼nden zum Beschluss des EBewA nach Â§Â 87 AbsÂ 4 SGBÂ V in seiner 43.Â Sitzung am 22.9.2015 ergibt (vgl dort insbesondere SÂ 3), war Grundlage dieser Festlegung die Rechtsprechung des Senats (BSG Urteil vom 25.8.1999 Â BÂ 6Â KA 14/98Â RÂ BSGE 84, 235, 239Â ff = SozR 32500 Â§Â 85 NrÂ 33 SÂ 255Â ff; vgl zuletzt BSG Urteil vom 13.12.2023 Â BÂ 6Â KA 1/22Â RÂ RdNrÂ 36 zur VerÃ¶ffentlichung in SozR vorgesehen), nach der die

Belastungsgrenze fÃ¼r einen vollzeitig tÃ¤tigen Psychotherapeuten bei wÃ¶chentlich 36 jeweils 50minÃ¼tigen antrags und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen und 43Â Arbeitswochen im Jahr erreicht ist. Aus dieser Modellannahme kann indes nicht abgeleitet werden, dass ein voll ausgelasteter Psychotherapeut typischerweise auÃer Stande wÃ¤re neben 36 antrags und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen SitzungenÂ weitere vertragsÃ¤rztliche bzw psychotherapeutische Leistungen zu erbringen. Der Senat hat im Gegenteil wiederholt klargestellt, dass der genannten Modellrechnung die Annahme zugrunde liegt, dass neben den antrags und genehmigungspflichtigen und zeitabhÃ¤ngigen Leistungen notwendigerweise begleitende TÃ¤tigkeiten wie ua die DurchfÃ¼hrung von probatorischen Sitzungen und das Abfassen von Gutachten zu leisten sind (BSG Urteil vom 25.8.1999 Â BÂ 6Â KA 14/98Â RÂ BSGE 84, 235, 240 = SozR 32500 Â§Â 85 NrÂ 33 SÂ 255; BSG Urteil vom 28.1.2004 Â BÂ 6Â KA 52/03Â RÂ BSGE 92, 87 = SozR 42500 Â§Â 85 NrÂ 8, RdNrÂ 38; BSG Urteil vom 28.5.2008 Â BÂ 6Â KA 9/07Â RÂ BSGE 100, 254 = SozR 42500 Â§Â 85 NrÂ 42, RdNrÂ 55; BSG Urteil vom 25.1.2017Â Â BÂ 6Â KA 6/16Â RÂ SozR 42500 Â§Â 87b NrÂ 9 RdNrÂ 31), sodass die gesamte Arbeitszeit die reine Behandlungszeit in aller Regel Ã¼berschreitet. Daraus folgt, dass die Festlegung der Grenze zur Vollauslastung auf 36Â Wochenstunden jedenfalls nicht zwingend erscheint, wenn im vorliegenden Zusammenhang nicht allein die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen, sondern auch die anderen vertragsÃ¤rztlichen bzw psychotherapeutischen Leistungen zu berÃ¼cksichtigen sind, die zur Arbeitsbelastung im Rahmen der vertragsÃ¤rztlichen TÃ¤tigkeit beitragen. Nicht zu beanstanden wÃ¤re es deshalb, wenn der BewA zur Behebung des VerfassungsverstoÃes den Anteil der nicht antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen, den Psychotherapeuten durchschnittlich erbringen, bzw den dafÃ¼r typischerweise oder im Durchschnitt erforderlichen Zeitaufwand ermitteln wÃ¼rde und die 36Stunden-Grenze um diesen Anteil erhÃ¶hte. Nach den im Verfahren vor dem BVerfG von der zuÂ 1. beigeladenen KassenÃ¤rztlichen Bundesvereinigung vorgelegten statistischen Angaben soll dieser Anteil in einem Â erheblichenÂ Bereich von Ã¼ber 20Â % liegen (vgl RdNrÂ 31 des Beschlusses des BVerfG vom 20.3.2023).

29
c)Â Die Auffassung der KlÃ¤gerin, nach der die Festlegung der Vollauslastung bei der Berechnung der StrukturzuschlÃ¤ge auf mehr als 36Â Stunden mit Regelungen zur Bildung der zeitbezogenen KapazitÃ¤tsgrenze fÃ¼r psychotherapeutische Leistungen in Konflikt geraten kÃ¶nnte, teilt der Senat nicht. Die zunÃ¤chst in TeilÂ F AbschnittÂ I NrÂ 4.2.3 des Beschlusses des BewA vom 26.3.2010 (DÃ 2010 Beilage zu HeftÂ 16) enthaltenen Regelungen zur zeitbezogenen KapazitÃ¤tsgrenze wurden nach Angaben der KlÃ¤gerin im Bezirk der Beklagten in den HVM Ã¼bernommen und damit in den hier streitgegenstÃ¤ndlichen Quartalen 1/2013 und 2/2013 fortgefÃ¼hrt. Danach war die KapazitÃ¤tsgrenze aus der Summe zweier Werte zu ermitteln, nÃ¤mlich zum einen dem Wert fÃ¼r die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen und zum anderen dem Wert fÃ¼r die nicht antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen. Der Wert fÃ¼r die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen wurde typisierend in HÃ¶he der fÃ¼r diese Leistungen geltenden Vollauslastungsgrenze (36Â Stunden wÃ¶chentlich an

43Â Wochen pro Jahr) festgelegt. FÃ¼r die nicht antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen wurde die Zuwendungszeit dagegen arztgruppenspezifisch bestimmt (vgl dazu im Einzelnen BSG Urteil vom 24.5.2023 Â BÂ 6Â KA 8/22Â RÂ SozR 42500 Â§Â 87b NrÂ 31 RdNrÂ 15; BSG Urteil vom 25.1.2017 Â BÂ 6Â KA 6/16Â RÂ SozR 42500 Â§Â 87b NrÂ 9 RdNrÂ 31). Die zeitbezogene KapazitÃ¤tsgrenze wurde also im Zusammenhang mit der BerÃ¼cksichtigung auch der nicht antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen Ã¼ber die in der Rechtsprechung des Senats fÃ¼r die antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen entwickelte Grenze der Vollauslastung (36Â Stunden wÃ¶chentlich an 43Â Wochen pro Jahr) hinaus um eine arztgruppenspezifisch ermittelte Zuwendungszeit je Arzt fÃ¼r die nicht antrags und genehmigungspflichtigen Leistungen erhÃ¶ht. Soweit zwischen den in unterschiedlichem Kontext getroffenen Regelungen (einerseits der KapazitÃ¤tsgrenze bis zu der psychotherapeutische Leistungen unquotiert zum vollen Punktwert vergÃ¼tet werden und andererseits der Berechnung der StrukturzuschlÃ¤ge) Ã¼berhaupt ein Zusammenhang bestehen sollte, sprÃ¤che ein solcher entgegen der Auffassung der KlÃ¤gerin eher fÃ¼r als gegen eine ErhÃ¶hung der Grenze der Vollauslastung auf mehr als 36Â Stunden wÃ¶chentlich.

30
d)Â AbschlieÃ□ende oder andere Vorgaben zur Ausgestaltung der Neuregelungen vermag der Senat an dieser Stelle nicht zu treffen, womit dem Gestaltungsspielraum der Partner des BewA und ihrem Gestaltungsauftrag Rechnung getragen wird. Die Beklagte wird erst nach der Ã□nderung der Regelungen des EBMÃ□ Ã¼ber die HÃ¶he der VergÃ¼tungen der KlÃ¤gerin in den streitigen zwei Quartalen neu entscheiden kÃ¶nnen.

31
C.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 HalbsatzÂ 3 SGG iVm einer entsprechenden Anwendung von Â§Â 155 AbsÂ 1 SatzÂ 1 VwGO und berÃ¼cksichtigt, dass die KlÃ¤gerin nach der teilweisen Aufhebung des Urteils des Senats vom 11.10.2017 (BÂ 6Â KA 37/17Â RÂ BSGE 124, 218 = SozR 42500 Â§Â 87 NrÂ 35) in hÃ¶herem MaÃ□e obsiegt, als vom Senat zunÃ¤chst angenommen.

Erstellt am: 26.06.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024